

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistratsdirektion - Pressestelle, Wien, 1., Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 11
Fernsprecher B.40-500, Klappe 623. 042 und 041 : - : Für den Inhalt verantwortlich: HANS RIEMER

12. November 1945

Blatt 638

Der Wiederaufbau Wiens

=====

Freitag nachmittags tagte unter dem Vorsitz des Bürgermeisters im Sitzungssaal des Stadtsenates die dritte Sitzung der von der Stadt Wien einberufenen Enquete über den Wiederaufbau Wiens. Bürgermeister General a.D. Körner skizzierte in seiner Eröffnungsansprache die Gedanken, von denen der Leiter des Stadtbauamtes, amtsführender Stadtrat Weber, ausging, als er im Frühsommer den Vorschlag zur Einberufung dieser Enquete gemacht hat. Das Stadtbauamt, das wohl über viel Erfahrung und über gute Fachleute verfügt, sollte in dieser einzigartigen Situation, in der sich Wien jetzt befindet, den Rat und das Urteil aller technischen Fachmänner einholen, um zu vermeiden, daß bei den großen Lösungen, um die es hier geht, Gelegenheiten versäumt werden, deren Außerachtlassung "uns den Fluch der Nachkommen sichern würde". Die heutige Sitzung soll einen gewissen Abschluß der Vorberatungen bedeuten. Die aus den in 2 Wochen stattfindenden Wahlen hervorgehende neue Gemeindeverwaltung wird dann die Detaildurchführung zu besorgen haben.

Stadtrat Weber führte in seinem Referat u.a. aus:

"Seit der letzten Vollversammlung sind elf Wochen verstrichen. In dieser Zeit haben die Fachkomitees und Arbeitsausschüsse eine überaus tüchtige und an Vorschlägen sehr produktive Arbeit geleistet. Die Zahl der Teilnehmer an der Enquete ist inzwischen auf 150 angestiegen. Es darf dies wohl als Beweis für die große Bedeutung hingenommen werden, die der Enquete durch die Fachwelt beigegeben wird.

Es scheint mir aber zweckmäßig, schon im jetzigen Stadium der Beratungen durch einen zusammenfassenden Überblick den Kontakt zwischen den einzelnen Fachkomitees auch von höherer Warte aus zu festigen.

Es hat sich folgende Gliederung der Aufgaben herauskristallisiert.

An erster Stelle stehen Fragen und Aufgaben, die ich als Sofortmaßnahmen bezeichnen möchte, ohne daß diese Bezeichnung wörtlich aufgefaßt werden darf.

Die zweite Gruppe der Probleme sind Ideen und Projekte, die einerseits dringlich sind, deren Durchführung trotz der noch bestehenden vielfachen Unklarheiten immerhin einige Wahrscheinlichkeit für sich hat und die voraussichtlich in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden können.

Getreu unserer in der ersten Sitzung der Enquete hervorgehobenen Auffassung, daß uns jetzt eine, hoffentlich nie wiederkehrende, Gelegenheit zu großzügigen und auf weite Sicht berechneten Planungen bezüglich der Entwicklung unserer Stadt gegeben ist, haben sich fast alle Fachkomitees auch mit Fragen befaßt, die in diesen Rahmen passen.

Die Sofortmaßnahmen sollen alles in unserer Stadt, was lebenswichtig und lebensnotwendig ist, so bald wie möglich wieder in einen gebrauchsfähigen Zustand versetzen. Sie sollen vor allem

vermeiden, daß die durch Kriegshandlungen entstandenen Schäden durch die Einwirkungen von Wind und Wetter im Laufe der Zeit noch größer werden. Allein schon diese Aufgaben sind ihrem Umfange nach nicht gering und derzeit noch durch große Schwierigkeiten gehemmt. Um nur ein Beispiel zu nennen möchte ich anführen, daß die Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnhäuser in Wien auf rund zwei Milliarden Reichsmark geschätzt wurden. In dieser Summe sind die Industriebauten, die öffentlichen Bauwerke, Schulen, Spitäler, Versorgungsbetriebe und so weiter nicht berücksichtigt. Daran läßt sich ermesen, welcher Arbeitsumfang mit der praktischen Durchführung dieser Aufgaben verbunden ist.

Die Kapazität der Baustoffwerke, der Bauunternehmungen aller Art und ihrer maschinellen Einrichtungen, nicht zuletzt aber die selbst unter normalen Verhältnissen denkbare Höchstzahl der verfügbaren Arbeitskräfte zeigt dem Fachmann, daß dieser Wiederaufbau viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Dabei soll vor allem getrachtet werden, diesen Wiederaufbau so zweckmäßig zu lenken, daß möglichst kein verlorener Bauaufwand getrieben wird. Und dies ist der Grund, warum die Enquete sich neben den Fragen der Sofortmaßnahmen gleichzeitig auch mit den Problemen der planmäßigen Vorbereitung des weiteren Ausbaues, also der zweiten Gruppe unserer Aufgaben, befassen muß.

Die Stadtregulierung, die auf Jahrzehnte hinaus vorausblicken muß, wenn ihre Arbeit Sinn und Zweck haben soll, ist die treibende Kraft für die dritte Gruppe unseres Aufgabenbereiches, die Planung auf lange Sicht.

Es werden sicherlich da und dort größere und kleinere Schwierigkeiten entstehen. Der Industrie- und Siedlungsgürtel um Wien, besonders im Süden und Südosten, darf trotz der Zurückverlegung der Stadtgrenzen nicht vernachlässigt werden.

In Bezug auf die Flächenwidmung befaßt sich das Komitee mit der Wahl der Wohn- und Siedlungsgebiete, der Örtlichkeiten für die notwendigen öffentlichen Bauten, der Industriegebiete, der Grünflächen und der Hafen- und Landflächen. Bezüglich der Grünflächen möchte ich hervorheben, daß der große Mangel an Spiel- und Sportanlagen zu wiederholten eingehenden Aussprachen Anlaß gegeben hat. Als künftige Wohn- und Siedlungsgebiete sind unter anderen genannt worden: der Eisenstadtplatz, das Erdbergermais, gewisse Bereiche

in der Brigittenau und am Südhang des Schafberges, die Gegend Flötzersteig, das Barackenlager aus dem ersten Weltkrieg in Baumgarten, der Leberberg, die Schwarze Haide, der Kagraner Freihof und andere, insbesondere auch verschiedene Gebiete in der engeren Umgebung Wiens.

Der Unterausschuß für den Bebauungsplan hat Fragen der Bauzonen und der Paulinien, der Erhaltung der alten Ortskerne und der Festsetzung heulicher Schutzgebiete sowie die höchst aktuelle Aufgabe der Entschandlung unseres Stadtbildes zu behandeln.

An besonders wichtigen Örtlichkeiten im Stadtgebiet, mit denen sich das Fachkomitee in seinen Beratungen schon befaßt hat, sind unter anderen zu nennen: Karlsplatz, Freihaus und Naschmarkt, Stephansplatz und Rotenturmstraße, Kärntnerstraße, Hoher Markt, Lugeck, Donaukanal und Kai, Konkordiaplatz und Passauerplatz. Für die günstigste städtebauliche Lösung der mit diesen Ortsbezeichnungen gekennzeichneten Fragenkomplexe werden voraussichtlich Wettbewerbe in Vorschlag gebracht werden. Natürlich gibt es daneben noch eine große Zahl anderer, besonders zu behandelnder Gebiete, wie beispielsweise das Fasanviertel, der Matzleinsdorfer- und der Südtirolerplatz im Zuge des Gürtels, die Schottengasse und Freyung, die Wipplingerstraße, die Albrechtsrampe und so weiter.

Ein überaus wichtiges Thema ist die Frage der Kleingärten- und Grabelandaktion. Die Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg lassen befürchten, daß sich wieder die Tendenz zur Entwicklung wilder Siedlungen bemerkbar machen wird. Unsere Bestrebungen sind dahin gerichtet, das Siedlungsbedürfnis der Bevölkerung in geordnete Bahnen so zu lenken, daß auch nur über geringe Mittel verfügende Siedlungswillige Gelegenheit finden, ihren Wunsch nach einem selbständigen Heim zu befriedigen.

Vom Fachkomitee für Verkehrsfragen seien die wichtigsten Aufgaben angeführt, mit denen sich dieses Komitee derzeit befaßt. Hierzu gehören Klassifikation der Straßen, die Ausfallstraßen Wiens, die Wientalstraße, Kraftstellwagen-Linien und Autobusbahnhöfe, Fragen des Postfuhrdienstes, Garagen, Einstellplätze und Parkplätze für Kraftwagen, Stadtgas, Erdgas, Holzgas oder elektrische Energie als Treibstoff für Kraftfahrzeuge, Transport von Massengütern, Radfahrverkehr, Bohnhöfe und Straßenverkehr in ihrer Wechselbeziehung,

Industrieananschlußgleise oder Straßenrollerverkehr und schließlich Fragen des Donauverkehrs und des Luftverkehrs.

Aus dem Bereich der Verkehrsprobleme wurden die Angelegenheiten der Eisenbahnen und Straßenbahnen herausgelöst und einem eigenen Fachkomitee zugewiesen. Zunächst ist es unbedingt notwendig, die ungeheuren Schäden an den Anlagen und Betriebsmitteln der Staatseisenbahn soweit zu beheben, daß ein geregelter Verkehr wieder möglich wird. Das generelle Projekt für die zweite Etappe des Wiederaufbaues unserer Verkehrsanlagen liegt schon vor und **damit ist den Stadtplanern ein wertvoller und wichtiger Anhaltspunkt für ihre Tätigkeit gegeben.**

Für die Eisenbahnplanungen gibt es eine verhältnismäßig große Zahl von Anregungen und Ideen, die bezeichnenderweise zu einem großen Teil aus Kreisen der Nichtfachleute stammen. Hier spielen auch Schlagworte eine große Rolle. Immer wieder wird von den unerträglichen Zuständen der Wiener Eisenbahnverhältnisse mit ihren vielen Kopfbahnhöfen gesprochen und geschrieben und als Allheilmittel der Zentralbahnhof von Wien angepriesen. Sorgfältige Überlegungen zeigen aber, daß ein solcher Zentralbahnhof absolut nicht wünschenswert sein kann. Es erscheint zwar ungemein einfach, den ganzen Eisenbahnverkehr in einem Punkt zu zentralisieren, man vergißt dabei aber das viele Drum und Dran und vor allem den enormen Straßenverkehr, der durch eine solche Anlage in ihrer nächsten Umgebung heraufbeschworen wird.

Die Grundidee der Eisenbahnplanung geht dahin, die einzelnen bestehenden Bahnhofanlagen für den näheren und weiteren Lokalverkehr aufrecht zu erhalten und nur für den sogenannten Durchgangsverkehr und Fernverkehr einen Hauptbahnhof zu schaffen.

Die Arbeiten dieses Komitees gelten jetzt dem innerstädtischen Verkehr und es besteht die Absicht, auch hierfür ein ähnlich gegliedertes Programm wie für die Eisenbahnen zu entwickeln.

Ein anderes, viel gehörtes Schlagwort ist der Ruf nach Elektrifizierung der Bohnanlagen im Stadtbereich. Diese wichtige Frage wurde und wird selbstverständlich nicht vernachlässigt und nimmt bei dem Studium der Gesamtplanung den ihr gebührenden Platz ein.

Das Fachkomitee für Architektur und Stadtbildpflege hat 6 Unterausschüsse gebildet, die sich mit Wettbewerben künstlerischer Art, mit Fragen der Bauberatung, der Baugesetzgebung, mit

den Aufgaben der Nachwuchserziehung, der Problemstellung "Architektur und Bauführende" und mit der Denkmalpflege und dem Naturschutz befassen.

Durch die Veranstaltung von Wettbewerben für gewisse Stadtgebiete soll danach getrachtet werden, das Bestmögliche zu erreichen. Solche Örtlichkeiten sind: der Praterstern und die Franzensbrückenstraße, die Landstraßer-Hauptstraße bei der Rochuskirche und bei der Einmündung der Neulinggasse, die Neugestaltung der aufzulockernden Teile des 10. Bezirkes, die ausgebrannt sind; die Erweiterung des 10. Bezirkes am Südrande, der Sportplatz Hohe Warte samt Umgebung und so ziemlich alle Bahnhofgebiete; Dazu kommt noch eine große Zahl von Einzelobjekten, insbesondere in der Inneren Stadt, aber auch in den äußeren Bezirken.

Daß bei der Bearbeitung des Flächenwidmungsplanes auch auf ein entsprechendes Ausstellungsgelände Bedacht genommen werden muß, ist selbstverständlich. Hierbei wird darauf zu achten sein, daß es sowohl vom ausstellungsorganisatorischen als auch vom verkehrstechnischen Standpunkte aus möglichst allen Anforderungen entspricht.

Das Fachkomitee für Architektur und Stadtbildpflege hat sich auch mit den Problemen der Innenarchitektur befaßt. Die Gemeindeverwaltung wird bemüht sein, die Erzeugung neuen Hausrates guter Qualität, der die Geschmacksgefühle im weitesten Sinne nicht verletzt, wirksam zu beeinflussen. Rechtzeitige Maßnahmen zur Erzeugung guten, ja besten Hausrates zu erschwinglichen Preisen im Zusammenhang mit einer Kreditorganisation, die es auch den Menschen mit kleinem Einkommen ermöglicht, sich Gutes anzuschaffen, sind meiner Meinung nach das beste Mittel im Kampf gegen den Schund.

Große Bedeutung beim Wiederaufbau kommt der Bauberatung zu und man ist bestrebt, diese in das Verfahren der behördlichen Baubewilligung so einzugliedern, daß schon im Anfangsstadium der Planung eines Bauvorhabens Gelegenheit zur Bauberatung durch das Stadtbauamt gegeben wird.

Das Wiener Stadtbauamt, das sich auf eine mehr als hundertjährige Erfahrung und Tradition stützen kann, hat sich seit jeher nicht nur als Behörde sondern vor allem als Berater der Bevölkerung betrachtet. Seine ausgezeichneten Leistungen in der Vergangenheit geben den Beweis für seine Fähigkeiten. Ich erinnere an die Zeit

der großen Bautätigkeit anlässlich der Stäterweiterung im Zuge der Ringstraße, an die großartigen Anlagen der Wiener Hochquellwasserleitungen und nicht zuletzt an das große Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, welches bekanntlich die Fachleute aus aller Welt dazu veranlaßte, nach Wien zu pilgern, um dort zu schauen, wie man schöne, zweckmäßige und dem tatsächlichen Bedarf der breiten Massen entsprechende Volkswohnungen in großer Zahl bauen soll. Vor kurzem war in unseren Zeitungen eine Notiz zu lesen, wonach in England angeregt wurde, den Wiederaufbau der zerstörten englischen Städte nach dem Muster der städtischen Wohnanlagen in Wien durchzuführen.

Es wird verlangt, daß in die Bauordnung nicht nur allgemeine sondern konkrete ergänzende Bestimmungen über den beherrschenden Einfluß auf die Gestaltung der Fassaden, der Dachformen und der Dachdeckungen, der Geschäftsportale und der Füllamen aufgenommen werden.

Das Baugewerbe, die Maurer, Steinmetze, Tischler, Spengler und Dachdecker sollen entsprechend geschult werden und sollen Gelegenheit finden, mit den Erfordernissen der Denkmalpflege vertraut zu werden.

Dem Fachkomitee für Bauordnungsfragen steht als Leitfaden für den Gang seiner Verhandlungen die bestehende Bauordnung zur Verfügung. Andererseits wurde diesem Komitee ein Entwurf des Staatsamtes für Wiederaufbau zu einem Gesetz zugeleitet, durch welches gewisse Bauvereinfachungen für Bauvorhaben im Rahmen des Wiederaufbaues geschaffen werden sollen.

Weiters haben die Feuerweh, die Städtischen Elektrizitätswerke, das Staatsdenkmalamt und Vertreter der privaten Bauwirtschaft Anregungen zur Abänderung oder Ergänzung der Wiener Bauordnung abgegeben.

Das Komitee für technisch-konstruktive Fragen hat drei Ausschüsse gebildet; einen Normenausschuß, einen engeren Ausschuß für technisch-konstruktive Fragen und einen solchen für Sofortmaßnahmen. Dieser hat sich wesentlich auch mit den Fragen der Schuttbeseitigung in Wien befaßt und es ist interessant, welcher ungeheurer Arbeitsaufwand mit dem endgültigen Entfernen der Schuttmassen, verbunden ist.

Die Beratungen des Fachkomitees für Energiewirtschaft fußen zunächst auf der Annahme, daß in der nächsten Zeit in Österreich reichliche Mengen elektrischer Energie aus den bestehenden und in Bau befindlichen Wasserkraftwerken zur Verfügung stehen werden.

Unter den in diesem Sinne bereits geplanten Arbeiten der städtischen Elektrizitätswerke sind hervorzuheben die Ausgestaltung des Wiener Kabelnetzes, die Einführung einer einheitlichen und höheren Verteilspannung und die Verbesserung der Verhältnisse bezüglich der Transformatorstation.

Bei fortschreitender Gesundung des Wirtschaftslebens, wird auch das elektrisch angetriebene Kraftfahrzeug in weit größerem Ausmaße als bisher Verwendung finden. Die Einrichtung von Elektrotankstationen für den Auto-Lastverkehr wird keinerlei Schwierigkeiten unterliegen.

Über die Fragen des Obusbetriebes, die sowohl im Fachkomitee für Energiewirtschaft, als auch in jenem für Verkehrsangelegenheiten behandelt wird, konnte bisher keine Einigung erzielt werden.

Der Anregung, elektrische Energie durch Verwendung von Rohöl als Brennstoff herzustellen, ist seitens der städtischen Elektrizitätswerke bekanntlich schon entsprochen worden. Auch die Hochververwaltung der Stadt Wien baut größere Feuerungsanlagen auf elektrischen Betrieb um.

Zu der Anregung Leuchtgas durch Verwendung von Erdöl und minderwertiger Kohle zu erzeugen wurde festgestellt, daß den Wiener Gaswerken die hierzu notwendigen Einrichtungen fehlen und daß diese auch schwer beschafft werden können, daß überdies aber trotz der zu erwartenden reichlichen Gasausbeute der hohe Preis des Öles zu wirtschaftlichen Bedenken Anlaß gibt.

Schließlich hat dieses Fachkomitee auch zur Frage des Baues von Fernheizwerken in Verbindung mit Kraftwerken Stellung genommen, und auf die verschiedenen Projekte hingewiesen, die bereits in früheren Jahren vom städtischen Elektrizitätswerk gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrswirtschaft des Stadtbauamtes bearbeitet worden sind.

Das Fachkomitee für Ingenieurbauten hat sieben Unterausschüsse aufgestellt. Die Themen der Arbeitsausschüsse sind: Der Donaustrom, die Regelung kleinerer Wasserläufe, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Bodenverbesserung, der

Brückenbau und der Straßenbau.

Bezüglich des Donaustromes wurden die Möglichkeiten einer Verbesserung des Hochwasserschutzes, der Ausbau der Hafenanlagen und die Ausnützung der durch das Gefälle des Donaustromes gegebenen Wasserkräfte besprochen. Die Beratungen betreffen auch Planungen mit weitgesteckten Zielen auf lange Sicht. So sind Instandsetzungen, Ergänzungen und die neuzeitliche Ausrüstung der Umschlaganlagen am rechten Donauufer ebenso besprochen worden, wie der Ausbau eines zweiten und allenfalls noch eines dritten Beckens im Alberner Hafen, ebenso eines zweiten Beckens im Hafen Lobau nach Fertigstellung des Donau-Öderkanales und die Ausgestaltung des Freudnauer Hafens zu einem Handelshafen unter Einbeziehung des unteren Teiles des Donaukanales, wodurch das anliegende Gelände für Industriezwecke nutzbar gemacht werden könnte. Schließlich empfiehlt das Komitee auch eine technische Entscheidung über die günstigste Ausmündungsstelle eines künftig zu schaffenden Schiffahrtskanales von der Donau zur Adria, weil sie im Interesse der wasserbaulichen Gesamtplanung im Wiener Raum von Bedeutung ist.

Für die Schwechat und die Liesing sind Regulierungs-vorschläge ausgearbeitet worden.

Für die Vergrößerung unserer Trink- und Nutzwasserversorgung sind ebenfalls Pläne entwickelt worden.

Die Kanalbauabteilung des Stadtbauamtes war in der Lage, dem Fachkomitee einen fertigen Generalentwässerungsplan mit vielen ergänzenden Einzelplänen zur Begutachtung vorzulegen und die Zustimmung zu seinen Gedankengängen zu erwirken.

Für die erforderlichen Brückenbauten sind auch gewisse Richtlinien zustande gekommen, die vornehmlich durch den bestehenden Grad der Zerstörungen bedingt sind. Es ist als ein Glück zu bezeichnen, daß bei allen zerstörten Brücken die Widerlager und allfälligen Zwischenpfeiler nahezu unversehrt geblieben sind, so daß sie für die Rekonstruktionen wieder verwendet werden können. Das Fachkomitee empfiehlt, für die Dimensionierung der Brücken höhere Belastungen als bisher anzunehmen. Unter anderen soll für Stadtstraßenbrücken mit sehr schwerem Verkehr ein 40 Tonnen schwerer Lastwagen mit gleichzeitiger Verkehrsbeschränkung den Berechnungen zugrunde gelegt werden. Auch für Stahlbetonbrücken hat das Komitee ins Einzelne gehende Richtlinien ausgearbeitet.

Ein umfangreiches Elaborat über die Gestaltung der städtischen Straßen ist ausgearbeitet worden. Ein Verkehrsplan zeigt die wichtigsten Durchzugsstraßen und ein zweiter Plan stellt die wünschenswerten Radfahrwege dar, aus dem zu entnehmen ist, wie wenig in dieser Beziehung bisher in Wien vorgesehen worden ist.

In Anbetracht der noch nicht im Gleichgewicht befindlichen Wirtschafts- und Ernährungsverhältnisse hat das Komitee für Bauwirtschaft und Finanzierung für die nächste Zeit sowohl bezüglich des Einsatzes der Firmen als auch der Geräte und der Arbeitskräfte eine zentrale Lenkung als notwendig erachtet.

Am schwierigsten zu behandeln sind die Fragen der Finanzierung. Sie hängen viel zu sehr von Voraussetzungen ab, die im Rahmen unserer Enquete nicht erfaßt und behandelt werden können, so daß die verschiedenen diesbezüglichen Vorschläge, so interessant sie auch im einzelnen sind, noch keineswegs die Grundlage zu endgültigen Anregungen bieten können.

Immer deutlicher zeigt sich die Notwendigkeit, die Ergebnisse unserer Beratungen und die wertvollen Beiträge der prominenten Fachleute, die hier am Werk sind, in entsprechender Form einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Gedanke ist naheliegend, daß unsere wertvolle Arbeit nicht nur für Wien sondern auch für alle anderen Städte in Europa, die mit den gleichen Nachkriegsorgen belastet sind, besonderen Wert hat. Umgekehrt wäre es auch für uns von Interesse, zu erfahren, was auf diesem Gebiete in anderen Städten und Ländern geleistet wird.

Von diesem Gedanken ausgehend wurde die Anregung gegeben, eine Fachzeitschrift zu schaffen, die den Problemen des Wiederaufbaus gewidmet ist.

Der technische Beirat für die Wiederaufbauerbeiten der Stadt Wien soll als ständige Institution das Stadtbauamt in seiner Tätigkeit unterstützen. Er wird vom Stadtbauamt bei allen wichtigen vorbereitenden Planungen und sonstigen Entschlüssen zur Stellungnahme und Beratung herangezogen werden. Der Herr Bürgermeister wird die Mitglieder des Beirates aus den Fachkreisen zu dieser ehrenamtlichen Tätigkeit berufen.

Da die Vorarbeiten nahezu vollendet sind, treten wir in das Stadium der Verwirklichung. Wir werden nicht alles ausführen können,

was geplant wurde, aber jede Arbeit wirkt richtunggebend, keine wird umsonst gewesen sein, auch wenn sie utopisch scheint.

Bei der Ausführung sind riesige Schwierigkeiten zu überwinden. Arbeitskräfte fehlen überall. In der Baustoffindustrie, im Transportwesen und in der Bauwirtschaft, im ganzen Lande Österreich. Es fehlen jene jungen Menschen, die der Moloch Militarismus verzehrte und die in den Gräbern Europas und Afrikas ruhen; alle jene, die ihrer Gesundheit durch den Krieg beraubt wurden, aber auch jene, die heute noch in der Gefangenschaft sind. Uns fehlt der fachliche Nachwuchs.

Die Baustoffindustrie liegt noch sehr im Argen und wird noch länger Zeit und starker Hilfsmittel bedürfen, um auf volle Touren zu kommen.

Unser Aufbauwille und unsere Zähigkeit, unser Fleiss und das Können aller wird uns über viele, wenn auch nicht über alle Schwierigkeiten hinwegbringen.

Stadtrat Weber dankte allen Teilnehmern an der Enquete für die grosse und nützliche Arbeit, die sie bisher vollbracht haben und ersucht sie, auch fernerhin mit der gleichen Hingabe und ganzen Kraft für den Wiederaufbau unserer Stadt Wien tätig zu sein.

In der Diskussion ergriff Dozent Dr. Ing. Kupsky, Technische Hochschule, das Wort. Er sagte u.a.: Das Programm der Enquete hat nicht unerhebliche Ergänzungen gefunden, sodaß angenommen werden kann, daß nunmehr der Fragenkomplex für den Wiederaufbau vollständig erfasst ist. Demgemäß setzt nun die Hauptaufgabe ein, nämlich das Suchen der Gesamtlösung, die Abstimmung der einzelnen Teilergebnisse aufeinander, u.a.m. die Aufstellung bzw. Abänderung des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes.

Dieser verantwortungsvollste Planungsabschnitt zählt zu den schönsten, weil er in der Fantasie und im Konzept - der Flächenwidmungsplan ist ja das Konzept, nach welchem der geordnete Ausbau der Stadt vor sich gehen wird - das Gesamtbild der neu aufzubauenen Stadt erst entstehen lässt.

Der Städtebauer darf ^{nicht} aus der Perspektive augenblicklicher Not planen. Er muß die Komponenten "Zeit" und "Entwicklung" berücksichtigen und muß sich vor Augen halten, daß ein Schuß zuviel an Großzügigkeit weniger Schaden anrichten kann, als eine Spur zu wenig.

Ein Donaukraftwerk, das sich von Ybbs-Persenbeug bis Hainburg erstreckt, hat etwas Utopisches an sich - aber es muß in seiner allfälligen Auswirkung auf die Planung berücksichtigt werden.

Die Wirtschaftslage im Jahre 1923 war doch bestimmt auch keine rosige; und wenn die Gemeindeverwaltung damals hätte verleiten lassen, daß sie darangeht, ein Wohnbauprogramm mit 65.000 Volkswohnungen zu starten, so hätte man das zweifellos als Utopie gebrandmarkt. Und doch war das Programm bereits 12 Jahre später verwirklicht! Ein Programm, das durch seine Grösse und Art der Durchführung heute noch imponiert und das seine Anerkennung u. a. insofern gefunden hat, als England als das klassische Land des Einfamilienhauses den geschaffenen Gemeindehaustyp unverändert übernommen hat.

Der Redner befasste sich dann mit der Notwendigkeit einer Raumreserve und einer Ausbreitungsmöglichkeit für Industrie und Siedlung, wie sie durch die Eingemeindung zu Groß-Wien vorgesehen worden waren. Ein Städtorganismus, der über die notwendigen Flächen innerhalb seines Einflußbereiches nicht ungehemmt verfügen kann, muß als Unding bezeichnet werden. Aus dieser Erkenntnis heraus erfolgte seinerzeit die Eingemeindung, die Ereignisse von Jahre 1938 waren nur der äußere Anlaß zur Durchführung der längst vorbereiteten Aktion und es hat sich dabei um kein Nazigesetz im üblichen Sinn gehandelt. Die Wiederaufrichtung einer politischen Grenze, welche die unbedingt notwendige Landreserve von Wien abtrennt, muß von unserem Standpunkt aus geradezu als eine Torpedierung des Wiederaufbaues empfunden werden.

Baumeister Dr Ing. Maculan erörterte vom Standpunkt der Österreichischen Bauinnung aus die Tatsache, daß nun, da Planung und Vorbereitung vor dem Abschluß stehen, die Bauwirtschaft einzusetzen habe und Staat und Gemeinde die Aufgabe haben, die Privatinitiative und die Energie der freien Wirtschaft zu einer größtmöglichen Entfaltung zu lenken und dort wirken zu lassen, wo es Staat und Gemeinde im Gemeindeinteresse der Bevölkerung erfordern. Wir in Wien haben ja ein klassisches Vorbild, wie sich eine solche vom öffentlichen Interesse gelenkte Bauwirtschaft zur Erfüllung größter Bausaufgaben eignet: die Zeit der großen Gemeindebauten. Damals haben die freie Architektenschaft, Unternehmer und Bauarbeiter fruchtbar zusammengewirkt. Da aber diesmal nicht nur die

Gemeinde sondern auch Staat, Eisenbahnen und die sonstigen öffentlichen Verwaltungen bauen, sei eine Vereinheitlichung der Ausschreibungen, des Verdingungswesens und des Preisbildungswesens notwendig. Wenn auf diese Art den Unternehmern und dem Kleingewerbe eine Grundlage zu ihrer Tätigkeit für das Gemeinwohl gegeben werde, dann müsse sie vor allem auch den Arbeitern gegeben werden durch soziale Verbesserungen zu Gunsten des Bauarbeiterstandes, durch die Schaffung eines Anreizes, als Bauarbeiter zu arbeiten, vor allem durch die vermehrte Ausgabe von Schwerarbeiterkarten, die Schaffung von Werksküchen mit Zulagen für die Bauarbeiter durch eine Unterstützung der Arbeitswilligen mit Holz und Wein sowie durch die Einrichtung von Lehrbühnen. Die Art und Weise, wie diese Probleme behandelt werden, lassen erkennen, daß sich die Bauwirtschaft ihrer Verantwortung bewußt ist. Die Österreichische Bauinnung sei daran, auch von sich aus alle Probleme aufzugreifen. Die Bauwirtschaft sei bereit, ihre verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen, wenn der Ruf von Staat und Gemeinde an sie ergeht.

Professor Schuster, Hochschule für angewandte Kunst führt aus:

Es ist seit langer Zeit das erste Mal, daß die Fragen der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung Wiens öffentlich diskutiert werden. Es ist notwendig, daß jeder ernste Bürger dieser Stadt Anteil daran nimmt, denn nur dann kann die ungeheure Aufgabe, vor die wir gestellt sind, richtig und in einer gesamt-kulturell wertvollen Haltung gelöst werden. Wenn man die öden Zinskasernen der Gründerjahre nicht mehr aufbaut, sondern dort Sportplätze und Grünflächen schafft, wenn man die Donau reguliert, einen neuen Hafen anlegt, die Industrie aus der Stadt herausnimmt und dort oder an anderen geeigneten Stellen ansiedelt, wenn man um Wien einen Kranz von Gartenstädten legt und die Stadt auflockert, wenn man nur das verkehrstechnische und städtebauliche Problem des Karlsplatzes endlich löst, über den jeder Wiener x-mal hinrastet, dann trifft dies irgendwie jeden von uns.

Aber wer an Wien glaubt - der muß weiter als an den nächsten Tag denken, der muß bei der Lösung jeder, auch der einfachsten und engsten Tagessaufgabe, immer auch das weiteste Ziel ihrer städtebaulichen Entwicklung und Zukunft im Auge haben.

Dieses Ziel wurde uns hier von Herrn Stadtrat Weber aufgezeigt, und wir alle waren bemüht, unsere besten Steine zu diesem Mosaik zusammenzutragen. Der Städtebauer sieht die Schwierigkeiten der auf alle anderen Forderungen abgestimmten Planung der Grundbeschaffung, der eingeengten Stadtgrenzen, der Architekt sieht die wilden Siedlungen um Wien herum wieder aufleben und der Baumeister rechnet die Ziegel, die Balken und die Arbeitsstunden und errechnet dabei astronomische Zahlen. Aber sollen wir deshalb verzweifeln?

Schon einmal in unserem Leben standen wir - zwar nur auf dem Teilgebiet des Wohnungsbau - vor einer ähnlichen Aufgabe.

Durch ein zielbeusstes und tatkräftiges Einschreiten der Gemeinde und vor allem durch Sie, Herr Stadtrat, gelang es damals, das Ärgste zu verhindern, den Siedlungswillen der Bevölkerung in geordnete Bahnen zu lenken und ein Wohnbauprogramm aufzustellen und zu verwirklichen, das annähernd jene Anzahl von Wohnungen schuf, die heute wieder fehlen.

Diese Leistung einer verarmten Stadt nach einem verlorenen Krieg, nach dem Zusammenbruch der Monarchie, kann uns ein Vorbild sein, wenn auch die jetzigen Aufgaben unendlich schwieriger und unfassender sind, aber viele der Erfahrungen, die in der Enquete niedergelegt sind, sind damals gewonnen, viele Forderungen schon damals erkannt und aufgestellt worden, viele neue Forderungen, aber auch neue Erfahrungen sind dazu gekommen.

Die Stadt Wien, aus der reichen und bewunderten Hauptstadt der Donaumonarchie zum vielgeschmähten Wasserkopf eines kleinen Landes geworden, hat damals wie so oft vorher bewiesen - man denke nur an die Türkenzerstörungen - daß sie nicht unterzukriegen ist. Heute, da aus Not und Vernichtung ein neues Europa werden wird und werden muß, haben wir die Verpflichtung, dieser Stadt die Voraussetzungen zu einer Entwicklung zu geben, die ihrer zentraleuropäischen Lage und Sendung entspricht.

Ich glaube im Sinne aller Teilnehmer der Enquete zu sprechen, wenn ich die Versicherung gebe, daß wir unser ganzes Wissen und bestes Können dafür einsetzen werden.

Bürgermeister Körner würdigte in seinem Schlußwort die Leistung des Stadtrates Weber, der uns sein reiches Fachwissen und seine grossen Erfahrungen für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt

hat. Auf die erfreulichen Anzeichen der Wiederbelebung unserer Wirtschaft und der Rückkehr unserer Arbeiter und vor allem der Jugend zu Beruf und Ausbildung hinweisend, stellte der Bürgermeister fest, daß es notwendig ist, daß die Vorberatungen des Wiederaufbaues abgeschlossen wurden und daß nunmehr das praktische Planen beginnt. Es wird schon an vielen Stellen in der Stadt gebaut und repariert und es ist daher an der Zeit, die Richtlinien für diese Arbeit zu bestimmen. "Wenn man hier zugehört hat", sagte der Bürgermeister, "Dann muß einem die Arbeit imponieren, die Sie meine Herren schon geleistet haben. Sicherlich schwindelt uns allen aber auch vor der Größe und vor der Fülle der Arbeit, die nun erst zu leisten sein und die Generationen beschäftigen wird". Der Bürgermeister dankte hierauf im Namen der Stadt allen Mitarbeitern an dieser Enquete, er dankte besonders dem Stadtrat Weber, der die Initiative ergriffen und den Arbeiten der Enquete Inhalt und Richtung gegeben hat, er dankte allen seinen Mitarbeitern im Stadtbauamt, den Vorsitzenden der Ausschüsse und jenen Herren, die durch ihre schriftlichen Beiträge die Arbeiten der Enquete gefördert haben, Die Beratungen waren von einer großen Menge Optimismus erfüllt. Von jenem Optimismus, der eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen jeder großen Aufgabe, für das Erreichen eines jeden großen Zieles ist. Freuen wir uns über diesen Optimismus und er wird uns helfen, das Ziel zu erreichen.

Entlausungsstationen in den Bezirken

Bei der gegenwärtigen Seuchengefahr, insbesondere Flecktyphus/^{gefahr} ist einer bestehenden oder auftretenden Verlausung aus gesundheitlichen Gründen besonderes Augenmerk zu schenken. Die beste Verhütung einer Flecktyphusinfektion ist die Bekämpfung der Verlausung. Durch das von den Alliierten in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellte D.D.T.-Puder ist die notwendige persönliche Desinfektion bei Verlausung rasch und leicht durchzuführen. Zu diesem Zwecke wurden bei den Gesundheitsämtern der Bezirke 1 - 21 D.D.T.-Entlausungsstationen aufgestellt, die von der Bevölkerung unentgeltlich in Anspruch genommen werden können. Näheres ist bei den Gesundheitsämtern der betreffenden Bezirke zu erfragen.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß persönliche Reinlichkeit, vor allem aber wöchentlich, wenigstens einmaliger Wechsel der gebrachten gegen zumindest ausgekochte oder gebügelte frische Leibwäsche, eines der wichtigsten Vorbeugungsmittel im Kampfe gegen Flecktyphus und Verlausung ist.

Spinnstoffwaren nur gegen Bezugsschein

Es wird neuerdings in Erinnerung gebracht, daß bewirtschaftete Spinnstoffwaren auf Punkte der Kleiderkarten für Männer, Frauen, Knaben und Mädchen einschließlich der Zusatzkleiderkarten nicht mehr abgegeben werden dürfen. Auf solche Punkte können nur noch Nähmittel gekauft werden. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Eine Ausnahme bildet nur die Säuglingskleiderkarte und die Kleiderkarte für Kleinkinder (rosa). Auf diese Punkte sind solche Spinnstoffwaren einschließlich Meterware erhältlich, die für die Bekleidung von Säuglingen und Kleinkindern notwendig sind.

Zusatzkarten für die nächste Versorgungsperiode

In dieser Woche wird mit der Ausgabe der neuen Zusatzkarten an alle Betriebe und Dienststellen mit mehr als 10 Angehörigen begonnen. Die in Frage kommenden Betriebe werden schriftlich zur Behebung der Karten beim Arbeiterreferat des Zentralernährungsamtes eingeladen, um große Wartezeiten bei der Kartenabholung zu

vermeiden. Einzelpersonen mit Anspruch auf Zusatzkarten werden, soweit dies möglich ist, über die Interessenvertretung ihrer Berufsgruppe erfaßt. Diesbezüglich wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1.) Alle hauptberuflich in der freien Praxis tätigen Ärzte, Zahnärzte, praktischen Ärzte und ihre Ordinationshilfen mit mindestens 48-stündiger Wochenarbeitszeit erhalten die Zusatzkarten im Wege über die Wiener Ärztekammer. Amts-, Polizei-, Militär-, und Spitalsärzte erhalten ihre Zusatzkarten wie bisher durch ihre zuständige Dienststelle.

2.) Die Mitglieder der Fachgruppe Lebensmittel-Kleinhandel und deren Angestellte, die eine Mindestwochenarbeitszeit von 48 Stunden nachweisen, werden über den Sprengelvertrauensmann ihres Bezirkes versorgt. Die Inhaber von Marktständen haben sich an den zuständigen Marktvertrauensmann zu wenden. Sonstige ambulante Lebensmittel-Kleinändler wenden sich an ihre Fachabteilung, I., Dorotheergasse 7.

3.) Die ordentlichen Hörer sämtlicher Wiener Hochschulen einschließlich der Medizinstudenten mit Spitalspraxis und der Studenten in Industriepraxis erhalten die Zusatzkarten durch die Akademische Kartenstelle der Österreichischen Hochschülerschaft (Einsatz- und Beratungsreferat) I., Universität.

Für Personen, die mehrere Berufe oder Funktionen ausüben, sind die Zusatzkarten von jener Stelle anzufordern, bei der der Hauptberuf, bzw. die höchste Funktion ausgeübt wird.

Die Ausgabe der Zusatzkarten an Betriebe und Dienststellen mit 10 und weniger Angehörigen erfolgt auch diesmal noch durch die für den Betriebssitz örtlich zuständige Kartenstelle. Hausbesorger, die mit Arbeitsvertrag angestellt und krankenversichert sind, erhalten ihre Zusatzkarte gegen Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der Hausinhabung bei der Kartenstelle ihres Wohnortes und nicht bei der Kartenstelle des Hausbesitzers oder Hausverwalters. Für Ausgabe der Zusatzkarten durch die Kartenstellen kann erst zu einem späteren Termin erfolgen. Die Ausgabetermine werden rechtzeitig verlautbart.